

Wie soll es mit Griechenland weitergehen?

Stellungnahme der Bremer Gruppe „Sympáthia“ zu aktuellen Aspekten der Griechenlandkrise

Im Juli 2015 sah sich das neu gewählte griechische Parlament mehrheitlich dazu gezwungen, dem dritten „Hilfspaket“ für Griechenland zuzustimmen, um einen Staatsbankrott zu vermeiden. Seitdem ist es in den Medien auffallend ruhig um die Griechenlandkrise geworden. Am ehesten macht sich dieses Thema im Zusammenhang mit den Flüchtlingsbewegungen von der Türkei zu den griechischen Inseln wieder bemerkbar: Momentan wird Griechenland vor allem angelastet, seine Außengrenze nicht abzusichern, und infolge einer Flüchtlingspolitik, die sich europaweit in Kleinstaaterei und Abschottung verstrickt, eine Sündenbockrolle zugewiesen. Damit aber wird die dortige Zwangslage von einer noch viel größeren überlagert und weiterhin der Tatbestand ignoriert, dass sich die griechische Regierung in einer Zwickmühle befindet, die ihresgleichen sucht.

Wir, die deutsch-griechische Solidaritätsgruppe *Sympáthia*, haben jedoch das Interesse an der wirklichen Situation in Griechenland nicht aufgegeben. Daher wollen wir wissen, wie das dritte „Hilfsprogramm“ umgesetzt wird und welche Folgen dies für die Bevölkerung hat. Und wir wollen mit dieser Stellungnahme und künftigen Beiträgen wichtige, uns zugängliche Informationen an eine interessierte Öffentlichkeit weitergeben.

Die maßgeblich von der deutschen Bundesregierung forcierten Spar- und Reformauflagen des dritten „Hilfspaketes“ schränken die parlamentarische Willensbildung und nationale Souveränität Griechenlands erheblich ein. Denn deren Umsetzung ist mit einer strikten Kontrolle und Lenkung durch die europäischen „Institutionen“ verbunden, an denen neben EZB, EU, IWF inzwischen auch der „Rettungsfonds“ ESM beteiligt ist. Wie aus folgenden Sachverhalten hervorgeht, werden die ergriffenen Maßnahmen die ökonomischen Missstände in Griechenland noch erheblich vergrößern:

- Von den 86 Mrd. Euro des dritten „Hilfsprogramms“ bleibt kaum etwas für Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur übrig. Denn ein Großteil der Gelder muss für den Schuldendienst und die Rekapitalisierung des Bankensystems aufgewendet werden.
- Seit 2010 verringerten sich bereits die Staatsausgaben um 30% – gleichzeitig sank die Wirtschaftsleistung um 25%. Eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes sowie ein Rückgang der Arbeitslosigkeit sind zur Zeit nicht in Sicht, vielmehr rechnen Prognosen mit einer anhaltenden Rezession bis mindestens Ende diesen Jahres – bei einer bereits erreichten Arbeitslosenquote von 25% und einer Jugendarbeitslosigkeit von 48%, den höchsten Quoten in der Eurozone.
- Gleichzeitig wurden die Mindestlöhne von 751 auf 586 Euro und Staatsgehälter um bis zu 30% gesenkt. Im öffentlichen Dienst wurde jede vierte Stelle abgebaut, darunter die Hälfte der 6000 Ärzte in den öffentlichen Polikliniken. Weitere Eingriffe bezogen sich auf die Deregulierung des Arbeitsmarktes: Seit 2010 wurden die Flächentarifverträge, die vor der Finanzkrise noch für Dreiviertel der Beschäftigten galten, abgeschafft, indem die Lohnfindung in die Betriebe verlagert und darüber hinaus der Kündigungsschutz eingeschränkt wurde. Lohn- und Kaufkraftsteigerungen, die sich positiv auf die Binnennachfrage auswirken könnten, scheinen damit auf unabsehbare Zeit ausgeschlossen zu sein. Und je länger die Wirtschaftskrise und das Spardiktat andauern, desto mehr breitet sich Armut aus: 3,8 Mill. Griechen leben bereits mit rund 430 Euro pro Monat an der Armutsgrenze und weitere 2,5 Mill. unterhalb dieses Existenzminimums.
- Außerdem sanken die Sozialausgaben um mehr als ein Viertel: Die Renten wurden in einem Land, in dem viele Familien von der Altersversorgung ihrer Großeltern leben, bereits um 40% gekürzt, das Renteneintrittsalter wurde auf 67 Jahre angehoben. Mit weiteren Kürzungen um 15% sollen nun 700 Mill. Euro pro Jahr eingespart werden. Diese will die Regierung jedoch nur bei neuen Renten vornehmen und mit einer umstrittenen Rentenbeitragserhöhung einschränken. Denn bei einer generellen Absenkung würde Tausenden von Rentenbeziehern samt ihren Familien ein sozialer Absturz drohen, da in Griechenland noch keine Grundsicherung existiert.
- Das Arbeitslosengeld endet nach einem Jahr, auch die Krankenversicherung fällt dann vollständig weg. Mehr als 3 Mill. der insgesamt rund 11 Mill. Griechen sind derzeit nicht krankenversichert und haben keinen verlässlichen Zugang zu einer ärztlichen und medizinischen Versorgung.
- Ferner droht durch die drastische Erhöhung der Grundsteuer auf Immobilienbesitz Tausenden griechischer Bürgerinnen und Bürger der Verlust ihres Eigentums, weil viele von ihnen sich aufgrund früherer Kreditaufnahmen verschuldet haben und nun angesichts von Lohnkürzungen und wachsender Arbeitslosigkeit die geforderten Steuern nicht mehr begleichen können. Derzeit versucht die Regierung, umfangreiche Zwangsräumungen zu vermeiden und durch Ausnahmeregelungen bei Beziehern geringerer Einkommen einzuschränken.

- Viele der drakonischen Sparmaßnahmen behindern wirtschaftliches Wachstum noch stärker als zuvor: Seit 2009 sind die Reallöhne um mehr als 25 % zurückgegangen. Die Kaufkraft wird nun in fast allen Sektoren zusätzlich geschwächt, weil bislang ermäßigte Mehrwertsteuersätze auf den seit 2010 geltenden Regelsatz von 23 Prozent erhöht worden sind. Zuvor erhob man auf dem Festland bei Nahrungsmitteln, Medikamenten u.a.m. 13% und bei Hotelübernachtungen 6,5% Mehrwertsteuer. Auf den Inseln waren die Abgaben insgesamt um 30 Prozent ermäßigt. Die nun erfolgte Angleichung beeinträchtigt nicht nur den Tourismusbereich, der zuvor noch gut funktionierte, sondern schränkt den Lebensunterhalt vieler Menschen bis unterhalb des Existenzminimums ein.
- Darüber hinaus soll die griechische Regierung nach den Auflagen des „Hilfspaketes“ durch Privatisierungen von öffentlichem Vermögen 50 Mrd. Euro erwirtschaften, die für die Stabilisierung des Bankensystems, den Schuldenabbau sowie zu einem geringen Teil auch für Investitionen vorgesehen sind. So wurde inzwischen mit der deutschen Firma Fraport (Anteilseigner sind die Stadt Frankfurt und das Land Hessen) ein Vertrag abgeschlossen, den man als „Ausverkauf von Tafelsilber“ bezeichnen kann: Dem Unternehmen wird eine 40jährige Konzession für den Betrieb von 14 gut funktionierenden Regionalflughäfen in Griechenland eingeräumt. Des Weiteren stehen u.a. Häfen, Wasserwerke, Energienetze, Bahnunternehmen, Autobahnen, Immobilien und große Strände zum Verkauf an, obwohl abzusehen ist, dass die hieran interessierten Investoren und Großunternehmen sich als „Schnäppchenjäger“ betätigen werden. Deshalb verwundert es nicht, dass IWF und EZB die damit angestrebte Einnahme von 50 Mrd. Euro für völlig unrealistisch halten.
- Schließlich zeichnet sich ab, dass Tempo und Umfang der geforderten „Reformen“ nicht durchgehalten werden können: Staatliche Umstrukturierungen bei gleichzeitiger Belastung durch den enormen Andrang von Flüchtlingen überfordern das Gemeinwesen. Der derzeitige Beitrag der EU für die griechische Flüchtlingsversorgung von knapp 510 Mill. Euro reicht bei Weitem nicht aus. Denn dafür gab die Regierung im vergangenen Jahr bereits 1 Mrd. Euro aus.
- Fast die Hälfte junger Leute unter 25 Jahren ist ohne Arbeit. Die o.g. Maßnahmen treiben inzwischen eine junge arbeitssuchende Generation aus dem Land: Mittlerweile haben 200.000 qualifizierte Akademiker Griechenland verlassen, womit dem Land 14 Mrd. Euro Bildungsinvestitionen verloren gehen und wovon nun andere Länder wie Deutschland profitieren.

Fazit: Auch das dritte „Hilfspaket“ dient nicht der Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, sondern in erster Linie den Gläubigern, Großunternehmen und der Bankensanierung. Ebenso wie die vorherigen „Pakete“ verfängt es sich in einem „Sparparadox“: Überall, bei maßgeblichen öffentlichen und privaten Ausgaben, werden Kürzungen gleichzeitig durchgeführt, so dass Einnahmen und Einkommen weiter schrumpfen und weitere soziale, ökonomische und politische Verwerfungen abzusehen sind. Darüber hinaus wird dem EU-Mitglied Griechenland mit dem Spardiktat jegliche demokratische Selbstbestimmung abgesprochen und de facto der Status einer „Kolonie“ in der Eurozone zugewiesen.

Was nötig und zu tun wäre: Forderungen, die an die zuständigen Akteure gestellt werden müssten

Aus diesen Gründen rechnen wir vorläufig mit einer Verschlechterung der ökonomisch-politischen Lage in Griechenland und machen dafür in der Hauptsache die von der Europäischen Union verfolgte Sparpolitik verantwortlich. Deshalb treten wir für einen grundlegenden Richtungswechsel in der bisherigen Politik ein, mit dem sich die humanitäre Krise in Griechenland überwinden und die dortige Wirtschaft neu beleben lässt. Und wir würden es sehr befürworten, wenn sich einflussreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Gruppierungen und Organisationen wie z.B. DGB, EKD, ATTAC und andere NGO's *gemeinsam* für einen solchen Richtungswechsel einsetzen würden. Dies könnte z.B. in Form eines offenen Briefes geschehen, in dem die maßgeblichen Akteure der Europäischen Union (Kommission, Rat, Parlament) und ebenso die deutsche Regierung dazu aufgefordert werden, rückwirkend die im vergangenen Jahr erfolgten Vereinbarungen zu korrigieren und umgehend alle krisenverschärfenden Austeritätsmaßnahmen einzustellen¹. Im Einzelnen bedeutet dies:

1. So bald wie möglich Nachverhandlungen zum dritten „Hilfspaket“ durchzuführen und dabei als Erstes die geplanten Rentenkürzungen und Zwangsraumungen rückgängig zu machen.

Bei den Nachverhandlungen muss es vor allem um eine Revision der gesamten Auflagenpolitik bezüglich ihrer Wirkung auf Arbeitsplätze, Sozialsystem und die allgemeinen Lebensverhältnisse gehen sowie um die Frage, wie sich die griechische Wirtschaft sinnvoll konsolidieren lässt. Vor diesem Hintergrund sind alle

¹ Zu einer Initiative, die auf größere Breitenwirkung angelegt ist, stehen bei uns einige Denkanstöße und Anregungen zur Diskussion, die wir gerne an Interessierte weitergeben. Kontakt: martin.zuelch@t-online.de

bisherigen Maßnahmen dahingehend zu korrigieren, dass Einsparzwänge abgemildert oder dort, wo dies dringend erforderlich ist – vor allem bei niedrigen Renten, Einkommen und existenzsicherndem Wohneigentum – ganz beseitigt werden. Ein solches Verhandlungskonzept ist im Übrigen auf Einvernehmlichkeit angelegt und kommt ohne weitere Androhungen eines Entzugs anstehender Kreditzahlungen aus.

2. Die Tarifautonomie wiederherzustellen und das griechische Tarifsysteem sinnvoll zu reformieren.

Im Gegensatz zum derzeit dezentralisierten System flexibler Lohnfindung weist der Artikel 28 der EU-Grundrechtecharta ausdrücklich darauf hin, dass die Sozialpartner das Recht haben, „Tarifverträge auf den geeigneten Ebenen auszuhandeln und zu schließen sowie bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen.“

3. Die griechischen Finanzbehörden bei der Bekämpfung von Steuerbetrug mit gezielten Informationen, Know-how und qualifiziertem Personal zu unterstützen.

Nach eigenen Schätzungen entgehen dem griechischen Fiskus durch Steuerbetrug jährlich 15 bis 20 Mrd. Euro. Um diesem gravierenden Missstand Einhalt zu gebieten, leistet inzwischen die nordrhein-westfälische Landesregierung Amtshilfe: Sie hat Athen Datensätze über Steuerhinterzieher („Borjans-Liste“) ausgehändigt und beteiligt sich an der Schulung von Steuerbeamten. Derartige Hilfestellungen müssen fortgesetzt und im Rahmen einer europaweiten Strategie gegen Steuerhinterziehung weiterentwickelt werden.

4. Dem griechischen Staat dauerhafte Einnahmen sowie seine Zuständigkeit für die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu erhalten.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Ausverkauf wertvollen Staatsvermögens zu Dumpingpreisen sofort beendet werden. Stattdessen sollten griechische Staatsunternehmen, die betriebswirtschaftliche Mängel aufweisen, in verantwortbarem Umfang effizient und rentabel umstrukturiert werden.

5. Die geplante Rekapitalisierung der Banken dahingehend zu korrigieren, dass die Spareinlagen kleiner und mittlerer Unternehmen vor Übergriffen geschützt sind.

Eine entsprechende Korrektur ist deshalb dringend erforderlich, weil in diesem Jahr nach einer EU-Richtlinie Guthaben von mehr als 100.000 Euro für die Bankensanierung herangezogen werden sollen. Davon sind dann zwangsläufig auch die Einlagen vieler mittelständischer Unternehmen betroffen.

6. Hilfen für sinnvolle sozial- und umweltverträgliche Investitionen bereitzustellen.

Die EU-Staaten könnten z.B. ihre Forderungen an bilaterale öffentliche Investitionsfonds überschreiben und so griechische Staatsschulden in produktive Investitionsmittel umwandeln. Als Beispiel für nützliche und dringend notwendige Investitionen ist hier der Ausbau einer dezentralen Selbstversorgung mit regenerativen Energien anzuführen, weil sich damit die Öl- und Erdgasimporte erheblich verringern würden und außerdem die Klimabilanz der EU verbessern lässt.

7. Als Ultima Ratio einen Schuldenschnitt anzustreben, mit dem sich letztlich erst der „griechische Knoten“ des griechischen Schuldenbergs auflösen lässt.

Die griechischen Staatsschulden belaufen sich inzwischen auf 317 Mrd. Euro. Deshalb gehen der IWF und viele Wirtschaftsexperten davon aus, dass Griechenland diese Schuldenlast niemals wird vollständig abtragen können. Deutschland könnte jedoch den Schuldenabbau erheblich beschleunigen und zugleich Investitionshilfen auf den Weg bringen, wenn es den griechischen Reparationsanspruch, der dem Land 1946 auf der Pariser Reparationskonferenz in Höhe von 7,1 Mrd. US Dollar zugesprochen wurde, im heutigen Umfang von 90 Mrd. Euro begleichen würde.

8. Bei alledem darauf zu achten, Investitionsvorhaben so weit wie möglich mit den geografischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten Griechenlands abzustimmen.

Hierbei wird man sich weniger am Gedanken der Konkurrenzfähigkeit als vielmehr an der binnenwirtschaftlichen Konsolidierung und vor allem an den mancherorts schon vorhandenen Bestrebungen zur Selbsthilfe und genossenschaftlichen Selbstorganisation orientieren müssen.

Schlussbemerkungen

Die gegenwärtige Lage in der Europäischen Union ist besorgniserregend: Im Zuge anhaltender Flüchtlingsbewegungen und der Terroranschläge im vergangenen Jahr drohen nationalstaatliches Denken und rechtspopulistische Kräfte noch mehr die Oberhand zu gewinnen. Zugleich bleibt weiterhin Europas südliche und östliche Peripherie ökonomisch „abgehängt“. Aus diesen Gründen ist eine Beendigung der neoliberalen Austeritätspolitik überfällig: Europa darf sich keine zweite Grexit-Hysterie leisten! Vielmehr sollte das Thema „Griechenland“ – nicht zuletzt im Zusammenhang aktueller Bestrebungen zur Demokratisierung der Union – erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Anhang: Quellenhinweise und Literaturangaben als Anregung zur weiteren Auseinandersetzung:

- Attac Österreich, Aufruf: Europa geht anders! Demokratie und soziale Sicherheit in Europa statt weiterer Sozialabbau durch „Wettbewerbspakt“. 20.6.2013. www.europa-geht-anders.eu/aufruf
- Brigitte Baetz, TINA-Syndrom. Die Griechenlandkrise in den deutschen Medien. Deutschlandfunk, 2.10.2015
- Herbert Bayer u.a., Resolution des Solidaritätskomitees Griechenland in Frankfurt a. M.: Eingriff der Troika in die Tarifautonomie in Griechenland ist rechtswidrig! Der Kampf für die Wiederherstellung des Tarifsystems (...) ist ein Kampf im Interesse aller europäischen Beschäftigten. Dezember 2015. Resolution-Eingriffe der Troika in die Tarifautonomie in Griechenland-6-12-15-final.pdf
- Pascal Beucker, Anja Krüger, Mit „wir“ meine ich „ich“. Gianis Varoufakis stellt in der Berliner Volksbühne seine neue Bewegung „DiEM 25“ vor, TAZ 11.2.2016 („DiEM“ Abkürzung für „Democracy in Europe Movement 2025“)
- Joachim Bischoff, Björn Radke: „isch over“? Griechenland und die Eurozone. Syrizas Kampf gegen die neoliberale Hegemonie, Hamburg 2015
- Giorgos Chondros, Die Wahrheit über die Griechenlandkrise, die Eurokrise und die Zukunft Europas, Frankfurt a. Main 2015
- ders., „Eine neoliberale EU hat keine Chance“. Giorgos Chondros über Hoffnungen, die immer noch mit seiner Partei verbunden sind (...). Interview von Pascal Beucker und Anja Krüger, TAZ 22.12.2015
- Gabriel Colletis, Jean-Philippe Robé, Robert Salais: Ein guter Plan für Europa, in: LE MONDE diplomatique, Juli 2015
- Markus Decker, Gesine Schwan rügt Eurozone und IWF, Interview, Frankfurter Rundschau, 29.6.2015
- Sven Giegold, Bundesregierung darf keine neuen Rentenkürzungen fordern. sven.giegold@europaparl.europa.eu, 15.1.2016
- ders., EU-Flüchtlingspolitik: Griechenland nicht wieder zum Sündenbock machen. sven.giegold (a.a.o.), 28.1.2016
- ders., Varoufakis' Gründung von DiEN25: Gut gedacht, populistisch gemacht, sven.giegold (a.a.o.), 9.2.2016
- Griechenland-Unterstützerkreis Duisburg-Niederrhein im ev. Zentrum für Arbeit, Bildung und betriebliche Seelsorge: Projekte und Initiativen, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) 2015, www.ev-laboratorium.de
- Ulrike Guérot, Robert Menasse, Manifest für die Begründung einer europäischen Republik, 2013, diepresse.com/presseamsonntag/137984/manifest-f.
- Jürgen Habermas, Warum Merkels Griechenland-Politik ein Fehler ist, Süddeutsche Zeitung, 22.6.2015
- ders., Demokratie oder Kapitalismus? Blätter für deutsche und internationale Politik, 13 (4) / 2013
- Claudia Hennen, Zahltag in Athen. Korruption: Steuerhinterziehung gilt als eine Ursache der Schuldenkrise Griechenlands. Die will Premier Tsipras nun mit nordrheinwestfälischer Unterstützung bekämpfen. TAZ 18.1.2016
- Ulrike Herrmann: Die Rechten sind die neuen Linken. Europas Peripherie bleibt abgehängt. Von dieser Ungleichheit profitieren nur die Rechtspopulisten, TAZ 31.10/1.11.2015
- Rudolf Hickel: Die Minimax-Strategie der Tsipras-Regierung: das dritte Hilfspaket reformieren und ergänzen. www.alternative-wirtschaftspolitik.de 2015
- ders., Aufbau oder Absturz? Über Griechenland, Weser Kurier 5.6.2015
- Niels Kadritzke, Tsipras und die Realpolitik, LE MONDE diplomatique, November 2015
- Nikos Kotzias, „Eine Grenzschießung bringt gar nichts“, Interviewerin: Ulrike Herrmann, TAZ 22.1.2016
- Markus Meinzer, Steueroase Deutschland – Warum bei uns viele Reiche keine Steuern zahlen. München 2016
- Alexander Mühlauer, Mike Szymanski, Gläubiger verweigern Griechen neues Geld, in: Süddeutsche Zeitung 27.10.15
- Albrecht Müller, Kritik an Habermas' SZ-Artikel „Warum Merkels Griechenland-Politik ein Fehler ist“. NachDenk-Seiten 23.6.2015
- Hermannus Pfeiffer, Ökonomen fordern „Solidarität statt Austerität“. Memorandum zur Eurokrise von 320 Wirtschaftswissenschaftlern begrüßt Flüchtlinge, TAZ, 3.2.2016
- Karl Heinz Roth, Griechenland am Abgrund. Die deutsche Reparationsschuld, Hamburg 2015
- ders., Zisis Papadimitriou, Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa (Flugschrift), Hamburg 2013
- Gesine Schwan, „Wir erleben eine Renationalisierung“, Moderation: Korbinian Frenzel, Deutschlandradio Kultur – Interview, 22.6.2015
- Harald Schumann, Ute Scheub, Die Troika. Macht ohne Kontrolle. Eine griechische Tragödie und eine europäische Groteske in fünf Akten. Solothurn 2015
- Wolfgang Streeck, Was nun, Europa? Kapitalismus ohne Demokratie oder Demokratie ohne Kapitalismus. Blätter für deutsche und internationale Politik, 13 (4) / 2013
- ders., Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? Eine Replik auf Jürgen Habermas. Blätter für deutsche und internationale Politik, 13 (9) / 2013
- WEMove.EU, Gründungsmanifest „Unsere Vision für Europa“, www.wemove.eu/de/content/misionstatemen